

„Der Mittelstand“, Ausgabe 3/2020

Kommentar:

Corona-Bonds, ein perfider Versuch

Von Rotger H. Kindermann

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise vor allem in Südeuropa zu mildern, wurden wichtige europäische Beschlüsse gefasst: Die EU-Finanzminister haben Regeln für die Neuverschuldung in der Eurozone gelockert, es können mehr als drei Prozent neue Schulden aufgenommen werden. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) werden die ökonomischen Folgen bekämpft. Die EZB will klammen Staaten in diesem Jahr für 750 Mrd. Euro zusätzliche Staatsanleihen abkaufen. Die EU-Kommission hat 37 Mrd. Euro mobilisiert, um medizinische Ausrüstung zu beschaffen und nach einem Corona-Impfstoff zu forschen. Ein neuer EU-Sondertopf mit 50 bis 100 Mrd. Euro soll dazu dienen, die Kurzarbeit zu finanzieren. Doch all diese Maßnahmen bewerten Italien & Co. als nicht ausreichend. Neun Länder fordern erneut Eurobonds, also gemeinschaftliche Anleihen, um damit die Aufnahme neuer Schulden zu erleichtern. Unter der perfiden Bezeichnung „Corona-Bonds“ wird die Krise dazu benutzt, das Verbot europäischer Staatsanleihen (Art. 125 des EU-Vertrages) auszuhebeln. Erneut setzen sich Merkel und andere standhaft zur Wehr – u.a. mit dem zutreffenden Argument, durch neue Schulden-spielräume ginge der Zwang zu Reformen verloren. Zugleich baut Italiens MP Guiseppe Conte Druck auf, wenn er „europäische Soli-darität“ anmahnt, ein abgefeimter Vorwurf. Solidarisch ist, wer sich an gemeinsam beschlossene Regeln (wie 60%-EU-Schuldenstand) hält, während Italiens Schulden auf 134 Prozent gestiegen sind, ganz ohne Corona. Diese Haushaltspolitik ist unsolidarisch! Conte sollte wissen, Solidarität und Vertrauen gehören eng zusammen. Und mit jedem Prozent neuer Schulden wird sein Land weniger vertrauenswürdig. Dennoch: In Krisenzeiten zeigt sich die EU solidarisch, wie nicht nur die eingangs erwähnten Maßnahmen beweisen. Man könnte das auch würdigen.

www.treffpunkteuropa.de>kurz-erklart-corona-bonds ▼

Kein Einheitsmindestlohn in EU

Lob für Brüssel

xxx

EU-Haushalt 2021-27 verzögert

Digitalstrategie vorgelegt

One-in-one-out-Regel schont KMU